

Außenwirtschaft aktuell



Industrie- und Handelskammer
für Ostfriesland und Papenburg

08

2024



Industrie- und Handelskammer
für Ostfriesland und Papenburg

8 2024

Seminare	4
Veranstaltungen / Unternehmerreisen	5
22.08.2024 Webinar „Life-Science-Markt in der Schweiz“	5
27.08.2024 Ländersprechtage Polen	5
28.08.2024 Webinar „Das Beschaffungswesen der ADB“	5
01.09.2024 Praxis-Workshop in Emden: „Export in ATLAS“	6
18.09.2024 Webinar „Die EUDR: Anforderungen im Überblick“	6
23.-26.09.2024 Delegationsbesuch in Stade: Windwirtschaft in Irland.....	6
24.09.2024 Wirtschaftskonferenz Westbalkan in Berlin	6
25.09.2024 Webinar „Das europäische Lieferkettengesetz CSDDD“	7
30.09.2024 Praxis-Workshop in Emden: „Import in ATLAS“	7
24.-26.10.2024 Asien-Pazifik-Konferenz der deutschen Wirtschaft	7
05.-06.11.2024 Wirtschaftsmesse „Promotiedagen“ in Groningen	7
04.-08.11.2024 Geschäftsanhaltungsreise nach Kanada	8
Zoll- und Außenwirtschaftsrecht	9
Brasilien: Importeure nutzen "Ex-tarifário" Regime im Jahr 2024 weiter	9
China: Ausfuhr von Luft- und Raumfahrttechnik ist genehmigungspflichtig	9
China: Neue Regelungen im Verbraucherschutzrecht	9
China: Zertifizierungspflicht für Gasschläuche und Notabschaltventile	10
Côte d'Ivoire: Weitere Zollsenkungen auf Waren aus der EU	10
EU: Ausgleichszölle auf chinesische E-Autos	10
EU: Erweiterte Sanktionen gegen Belarus	11
EU: Lieferkettenrichtlinie im Amtsblatt veröffentlicht	11
EU: Verlängerung der Schutzmaßnahmen für Stahl	11
EU-Mercosur-Abkommen: Die Verhandlungen stocken.....	11
Finnland: Umsatzsteuer steigt ab Anfang September	12
Frankreich: Verbot nicht recycelbarer Polystyrolverpackungen auf 2030 verschoben	12

Japan: Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen mit China und Südkorea	12
Kirgisistan: Abkommen mit der EU	12
Lieferkettengesetz (LkSG): Umsetzungshilfe zur Demokratischen Republik Kongo	13
Philippinen: Ausstellung von Carnets seit dem 15. Juli 2024.....	13
Rumänien: Neuer gesetzlicher Mindestlohn und Mindestlohngesetz.....	13
Saudi-Arabien: Höhere Zölle für Leistungsschalter und Relais	13
Slowakei: Erneute Novellierung des Strafgesetzbuches	13
Tschechien: Vereinfachtes Entsendeverfahren	14
USA: Höhere Zollabfertigungsgebühren	14
Ländernotizen	15
Brasilien: Dekarbonisierung im Automobilssektor	15
Brasilien: Windkraft im Schatten der Solarenergie.....	15
Dänemark: Ausländische Investitionen im Fokus	16
Dänemark: Mit Solarenergie auf Kurs bleiben.....	16
Finnland: Steuervorteile für große Investitionen	16
Finnland: Studie untermauert Bedeutung als Wasserstoffakteur	16
Ostsee: Anrainerstaaten setzen sich ambitionierte Offshore-Ziele.....	17
Polen: Fast eine Milliarde Euro für neue Reisezugwagen.....	17
Portugal: Zahl der Dienstleistungszentren nimmt deutlich zu.....	18
Tschechien: Koreaner bauen neue Atomreaktoren.....	18
Türkei: Nahrungsmittelindustrie hat großes Wachstumspotenzial	19
USA: Backwaren, Snacks und Süßes sind beliebt.....	19
USA: Hoher Bedarf an Kunststoffmaschinen	20
USA: Steigende Nachfrage nach Fleisch und Käse	20
Vietnam: Regierung plant Pilotprojekte für Batteriespeicher	21

Veröffentlichungen	21
AHK World Business Outlook: Sonderauswertung zum Asien-Pazifik-Raum.....	21
DIHK-Umfrage zur Kreislaufwirtschaft.....	21
Eurochambres-Bilanz der EU-Initiativen der vergangenen Legislaturperiode.....	22
Studie zum Zusammenbrechen der Welthandelsorganisation.....	22
Verschiedenes	22
CO2-Emissionen im Zusammenhang mit Garantieinstrumenten der Außenwirtschaftsförderung	22
DIHK: Weitere Eskalation im Handelskonflikt mit China vermeiden	22
EU: Neues Portal für öffentliche Aufträge	23
Förderung deutsch-polnischer Kooperationen.....	23
Zugang zum Zoll-Portal über die Zoll-Ident App	23
Impressum	24

Seminare

02.09.2024	Praxis-Workshop: Export in ATLAS	Emden
03.09.2024	Umsatzsteuer International	Digital
09.09.2024	Abwicklung von Rückwaren, Reparaturen und Ersatzteil-lieferungen für Drittländer und EU-Binnenmarkt	Digital
11.09.2024	Zollwissen kompakt für den Einkauf	Digital
12.09.2024	Die neuen Incoterms®-Regeln 2020 richtig anwenden	Digital
19.09.2024	Lieferantenerklärungen 2024	Digital
30.09.2024	Praxis-Workshop: Import in ATLAS	Emden
10.10.2024	Lieferantenerklärungen 2024	Digital
04.11.2024	Gelangensbestätigung & Co.	Digital
07.11.2024	Lieferantenerklärungen 2024	Digital
18.11.2024	Abwicklung von Rückwaren, Reparaturen und Ersatzteil-lieferungen für Drittländer und EU-Binnenmarkt	Digital
04.12.2024	Umsatzsteuer bei Reihen- und Dreiecksgeschäften in EU-Binnenmarkt und Drittländer	Digital
05.12.2024	Lieferantenerklärungen 2024	Digital
10.12.2024	Warenursprung und Präferenzen	Digital

Veranstaltungen / Unternehmerreisen

22.08.2024 Webinar „Life-Science-Markt in der Schweiz“

Die Schweiz beherbergt ein weltweit einzigartiges Life-Science-Ökosystem. Am 22. August gibt die Handelskammer Deutschland-Schweiz von 10 bis 11 Uhr einen digitalen Überblick über die Potenziale, die die Schweizer Life-Science-Industrie deutschen Unternehmen bietet. Neben führenden Chemie- und Pharmafirmen wie Novartis, Roche und Syngenta umfasst das Ökosystem ein dichtes Netz von Unternehmen aus der Medizintechnik, Bio- und Nanotechnologie. Die Life-Science-Industrie der Schweiz ist dynamisch und international ausgerichtet. Dank weltweit führender Universitäten und forschungsstarker Pharmaunternehmen ist die Verfügbarkeit von hoch qualifizierten Wissenschaftlern sehr hoch. Das Webinar beleuchtet die Potenziale für deutsche Unternehmen in der Schweizer Life-Science-Industrie und befasst sich mit den Auswirkungen regulatorischer Unterschiede zwischen der EU und der Schweiz, insbesondere der Medical Device Regulation (MDR).

Die Teilnahme am Webinar ist kostenfrei, eine Anmeldung ist erforderlich. Weitere Informationen finden Sie auf der [Internetseite von Germany Trade & Invest](#) (GTAI).

27.08.2024 Ländersprechtage Polen

Die IHK Stade bietet am 27. August zwischen 9 und 16 Uhr einen kostenfreien Ländersprechtage an. Die 30-minütigen Beratungsgespräche mit Pawel Kwiatkowski von der Deutsch-Polnischen Industrie- und Handelskammer (AHK) können vor Ort in Stade oder online via MS Teams stattfinden.

Polen ist der viertwichtigste Importpartner Deutschlands. Die Fördermittel der Europäischen Union tragen zu einem weiteren Wirtschaftswachstum und zur Steigerung der Kaufkraft bei. Zahlreiche polnische Unternehmen investieren zudem in den vergangenen Jahren zunehmend in den Ausbau von Anlagen, um Produktionsprozesse zu skalieren. Durch die Nutzung von innovativen Technologien ist es polnischen Unternehmen möglich, qualitativ hochwertige Produkte bei gleichzeitig niedrigen Produktionskosten anzubieten. Dank motivierten und gut ausgebildeten Arbeitskräften, einem guten Zugang zu Zulieferern, einem flexiblen Wechselkurs und einer optimalen geografischen Lage gilt Polen als eine der attraktivsten Regionen für Investoren in Mittel- und Osteuropa. Etwa 6.000 deutsche Unternehmen haben sich bereits erfolgreich in Polen etabliert.

Weitere Informationen und eine Anmeldeöglichkeit finden Sie auf der [Internetseite der IHK Stade](#).

28.08.2024 Webinar „Das Beschaffungswesen der ADB“

Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) finanziert viele Entwicklungsprojekte in Asien. Für die Umsetzung werden Aufträge international ausgeschrieben. Eine Beteiligung kann helfen, neue Märkte zu erschließen. Entsprechend informiert das kostenfreie Webinar von Germany Trade & Invest (GTAI) am 28. August von 10 bis 11:30 Uhr darüber, wie Unternehmen sich erfolgreich auf Aufträge aus Projekten der ADB bewerben können. Weitere Informationen und eine Anmeldeöglichkeit finden Sie auf der [Website von GTAI](#).

01.09.2024 Praxis-Workshop in Emden: „Export in ATLAS“

In unserem Workshop am 2. September von 10 bis 13 Uhr in der IHK Emden erarbeiten wir die Struktur der Anmeldung über das Internetportal IAA Plus und beispielhaft in einer ATLAS-Anwendung des Providers. Aufgezeigt wird, welche Informationen relevant sind und welche Hilfestellungen es auf der fachlichen und technischen Seite gibt. Das Teilnahmeentgelt beträgt 150 Euro pro Person. Weitere Informationen und eine Anmeldeöglichkeit finden Sie auf der [Website der IHK Emden](#).

18.09.2024 Webinar „Die EUDR: Anforderungen im Überblick“

Die kostenfreie Online-Veranstaltung „Die EU-Entwaldungsverordnung (EUDR): Anforderungen an Unternehmen im Überblick“ erläutert die wesentlichen Inhalte der EUDR und die sich daraus ergebenden Anforderungen und Pflichten. In der EU ansässige Unternehmen, welche die in der Verordnung genannte Waren auf dem Europäischen Binnenmarkt in Verkehr bringen, sehen sich im Zuge der EUDR mit umfangreichen Compliance-Pflichten konfrontiert, die ab dem 4. Quartal 2024 einzuhalten sind.

Die Veranstaltung findet am 18. September von 14 bis 15:15 Uhr via Zoom statt. Eine Anmeldeöglichkeit finden Sie auf der [Internetseite der IHK Braunschweig](#).

23.-26.09.2024 Delegationsbesuch in Stade: Windwirtschaft in Irland

Vom 23. bis zum 26. September 2024 wird eine irische Delegation den Elbe-Weser-Raum zum Thema Windkraft besuchen. Zum Austausch mit den Delegationsteilnehmern lädt die IHK Stade interessierte Unternehmerinnen und Unternehmer zu den Netzwerkabenden der Delegation ein. Diese werden vorwiegend in Cuxhaven stattfinden. Interessierte Unternehmen können sich via E-Mail an Herrn Arne Kölling, Referent für Außenwirtschaft der IHK Stade wenden: arne.koelling@stade.ihk.de.

24.09.2024 Wirtschaftskonferenz Westbalkan in Berlin

Unter der Überschrift "Der westliche Balkan als Wirtschaftsraum auf dem Weg in die EU – 10 Jahre Berliner Prozess" laden das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK), die deutschen Auslandshandelskammern (AHKs) der Region, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und das Western-Balkan-6-Chambers-Investmentforum am 24. September ab 9 Uhr in die Räume des BMWK ein. Anlass ist ein Treffen der Wirtschaftsminister der Westbalkan-Staaten aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, dem Kosovo, aus Nordmazedonien, Montenegro und Serbien. Thematische Schwerpunkte sind die aktuellen Herausforderungen und Fortschritte der regionalen Zusammenarbeit sowie die grüne Transformation und die daraus resultierenden ökonomischen Chancen. Im Anschluss an das Wirtschaftsforum findet eine Netzwerkveranstaltung statt, bei der interessierte Unternehmerinnen und Unternehmer mit potenziellen Kooperationspartnern aus den westlichen Balkanstaaten ins Gespräch kommen können.

Interessensbekundungen nimmt das BMWK bis zum 31. Juli entgegen. Weitere Details und eine englischsprachige Agenda finden Sie unter www.bmwk-events.de/portal/standard/registration/personal

25.09.2024 Webinar „Das europäische Lieferkettengesetz CSDDD“

Das Europäische Parlament und der Rat der EU haben im Frühjahr 2024 die Richtlinie „Corporate Sustainability Due Diligence Directive“ (CSDDD) zum Schutz von Menschen- und Umweltrechten entlang der Lieferkette verabschiedet. Das kostenfreie Webinar am 25. September von 10 bis 12 Uhr gibt eine Einordnung der CSDDD und erläutert, worauf sich Unternehmen einstellen müssen. Almuth Barkam, Rechtsanwältin bei Möllenhoff Rechtsanwälte, erklärt die Unterschiede zum deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und geht darauf ein, wie Unternehmen sich vorbereiten können und wer ab wann direkt oder indirekt betroffen ist. Weitere Informationen und eine Anmeldeöglichkeit finden Sie auf der [Website der IHK Emden](#).

30.09.2024 Praxis-Workshop in Emden: „Import in ATLAS“

Der Workshop am 30. September von 10 bis 13 Uhr in der IHK Emden zeigt Ihnen, wie Sie Importe elektronisch im ATLAS-System anmelden. Dabei wird erläutert, wie Codierungen für Dokumente und Prüfung der Verbote und Beschränkungen richtig ermittelt und verwendet werden. Zudem schauen wir uns mögliche ATLAS-„Fehler“ und Kommunikationswege an. Das Teilnahmeentgelt beträgt 150 Euro pro Person. Weitere Informationen und eine Anmeldeöglichkeit finden Sie auf der [Website der IHK Emden](#).

24.-26.10.2024 Asien-Pazifik-Konferenz der deutschen Wirtschaft

Bereits zum 18. Mal kommen bei der Asien-Pazifik-Konferenz der Deutschen Wirtschaft (APK) 2024 deutsche und asiatische Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft zusammen. Vom 24. bis zum 26. Oktober geht es in Neu-Delhi um Chancen der Diversifizierung und nachhaltigen Transformation, aber auch um Herausforderungen bei der Zusammenarbeit. Der Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (APA), das Bundeswirtschaftsministerium und die Deutsch-Indische Handelskammer (AHK Indien) organisieren den Kongress, zu dem sie im Hotel Taj Mahal in der indischen Hauptstadt rund 850 Teilnehmende erwarten. Die diesjährige Veranstaltung steht unter dem gemeinsamen Vorsitz von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und Roland Busch, APA-Vorsitzender und Vorstandsvorsitzender der Siemens AG. Weitere Informationen, das komplette Programm und eine Möglichkeit, sich anzumelden, finden Sie in englischer Sprache unter www.asiapacificconference.com

05.-06.11.2024 Wirtschaftsmesse „Promotiedagen“ in Groningen

Am 5. und 6. November findet wieder die Wirtschaftsmesse „Promotiedagen“ in Groningen statt. Bereits seit 37 Jahren lockt die Messe Jahr für Jahr Unternehmen aus Nah und Fern für zwei Tage in das Messezentrum Martiniplaza, um interessante Geschäftskontakte zu knüpfen und so die Wirtschaft im Norden der Niederlande zu stärken. Auch in diesem Jahr wird sich die IHK für Ostfriesland und Papenburg gemeinsam mit der Stadt Oldenburg sowie der Ems Dollart Region (EDR) auf dem Gemeinschaftsstand „No(o)rd Plein“ auf den „Promotiedagen“ präsentieren. Der gemeinsame Marktplatz bietet viel Raum für den Austausch zwischen den Ausstellern und den Besuchern der Messe. Auf dem Plein treffen sich Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung zum Netzwerken und um das vielfältige Leistungsangebot der anwesenden Unternehmen und Institutionen kennen zu lernen.

2024 steht die Messe unter dem Motto „Der grüne Horizont - Nachhaltiges Wachstum für den Norden“. Sie

will sich auf erneuerbare Energien, Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Mobilität und Innovation konzentrieren. Das Thema werden auch die Organisatoren des „No(o)rd Pleins“ aufgreifen. An beiden Tagen werden bilateral moderierte Podiumsdiskussionen stattfinden. Am ersten Messetag geht es dabei um erneuerbare Energien und Energieversorgung beiderseits der Grenze. Am zweiten Tag sollen Chancen und Risiken künstlicher Intelligenz beleuchtet werden.

Es ist wieder möglich, sich für einen Stand auf dem „No(o)rd Plein“ anzumelden. Die Ausstellerinnen und Aussteller des „No(o)rd Pleins“ profitieren dabei von einer größeren Wahrnehmung auf dem Gemeinschaftsstand gegenüber einem Einzelstand als auch von der Vernetzung und dem Rahmenprogramm auf dem Plein selbst.

Haben Sie Interesse, als Aussteller auf dem „No(o)rd Plein“ dabei zu sein? Weitere Informationen finden Sie auf der [Internetseite der IHK Emden](#).

04.-08.11.2024 Geschäftsanhaltungsreise nach Kanada

Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) organisiert die Enviacon International GmbH in Zusammenarbeit mit der AHK Kanada eine Geschäftsanhaltungsreise für deutsche Unternehmen aus dem Bereich der Aus- und Weiterbildung mit dem Schwerpunkt auf Wasserstoff und Windkraft. Besucht werden die Städte Halifax, Hauptstadt der Provinz Nova Scotia im Nordosten Kanadas, und Toronto, die größte Stadt Kanadas und Hauptstadt der Provinz Ontario.

Die Reise richtet sich primär an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) der Aus- und Weiterbildung in Deutschland und wird vom BMWK im Rahmen eines Markterschließungsprogramms gefördert. Die Teilnehmerzahl ist auf maximal zwölf Unternehmen begrenzt. Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge der Anmeldungen berücksichtigt, KMU haben Vorrang vor Großunternehmen. Weitere Informationen finden Sie auf der [Internetseite der Enviacon International](#).

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Brasilien: Importeure nutzen "Ex-tarifário" Regime im Jahr 2024 weiter

(GTAI) – Die Kammer für Außenhandel (Câmara de Comércio Exterior - CAMEX) hat das Regime mit den Resolutionen GECEX 322 und 323 für Kapitalgüter beziehungsweise IT-Produkte bis Ende 2025 verlängert. Zollsenkungen auf 0 % gelten damit für zahlreiche Produkte des brasilianischen Zolltarifs zum Beispiel aus dem Bereich Maschinen, Apparate und Geräte (Kapitel 84, 85, und 90) seit dem 1. Mai 2022 bis zum 31. Dezember 2025. Zuletzt hat die CAMEX mit den Resolutionen GECEX 618 und 619 vom 12. Juli 2024 weitere Zollerleichterungen für Kapitalgüter und IT-Produkte vorgenommen. Mit der Resolution GECEX 620 vom 12. Juli 2024 wurden einige Produkte aus dem Regime herausgenommen.

China: Ausfuhr von Luft- und Raumfahrttechnik ist genehmigungspflichtig

(GTAI) – Seit dem 1. Juli 2024 unterliegen weitere Waren der chinesischen Exportkontrolle und dürfen nur mit Genehmigung des Wirtschaftsministeriums MOFCOM ausgeführt werden. Betroffen sind Strukturteile, Software und Triebwerkstechnik für die Luft- und Raumfahrt sowie die erforderlichen Entwicklungs- und Produktionsmittel dafür. Das Antragsverfahren erfolgt analog wie bei Dual-Use-Gütern.

China: Neue Regelungen im Verbraucherschutzrecht

(GTAI) – Am 1. Juli 2024 traten neue Implementierungsbestimmungen zum chinesischen Verbraucherschutzgesetz in Kraft. Sie betreffen Verbraucherrechte und auch den Schutz persönlicher Daten. Die Implementierungsbestimmungen behandeln unter anderem Informationen über angebotene Waren und Dienstleistungen, die auf leicht verständliche Art und Weise sowie wahrheitsgemäß und umfassend zu erfolgen haben. Es darf keine falsche oder irreführende Werbung oder eine Täuschung der Verbraucher stattfinden.

Zudem betrifft die Neuerung den Schutz personenbezogener Daten von Verbrauchern: So dürfen Gewerbetreibende solche Daten beim Angebot von Waren oder Dienstleistungen nicht übermäßig sammeln. Ferner darf eine einmalige generelle oder stillschweigende Einwilligung nicht dazu genutzt werden, Verbraucher direkt oder indirekt zur Zustimmung zu einer Datenerhebung oder -verwendung ohne direkten Zusammenhang mit der geschäftlichen Aktivität zu zwingen. Ausdrücklich wird bei der Verarbeitung sensibler personenbezogener Daten auf die Einhaltung der relevanten Gesetze und Vorschriften verwiesen. Ohne Zustimmung des Verbrauchers sind kommerzielle Anrufe oder das Zusenden von Werbeinformationen nicht gestattet. Ferner finden sich in den Verbraucherschutzbestimmungen nun erweiterte Regelungen und Verpflichtungen beim Online-Livestreaming.

China: Zertifizierungspflicht für Gasschläuche und Notabschaltventile

(GTAI) – In China unterliegen Gasschläuche und Notabschaltventile ab dem 1. Oktober 2025 der CCC-Zertifizierung. Ab diesem Datum dürfen die genannten Waren nur noch hergestellt, verkauft, importiert und verwendet werden, wenn sie das entsprechende Prüfzeichen tragen. Anträge auf Zertifizierung nimmt die CNCA ab dem 1. Oktober 2024 entgegen. Gasschläuche werden nach den GB-Normen 41317 und 44017 geprüft, bei Notabschaltventilen gilt GB-44016.

Côte d'Ivoire: Weitere Zollsenkungen auf Waren aus der EU

(GTAI) - Die dritte Phase des Zollabbaus im Rahmen des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens (WPA) mit der EU ist rückwirkend zum 1. Januar 2024 in Kraft getreten. Bereits im April 2024 beschloss Côte d'Ivoire, unter dem Interim-WPA weitere 1080 Zolltariflinien rückwirkend zum 1. Januar 2024 zu liberalisieren. Dies gaben die EU und Côte d'Ivoire in einer kürzlich veröffentlichten gemeinsamen Presseerklärung bekannt. Damit erhöht sich die Gesamtzahl der liberalisierten Zolltariflinien auf 3385, das sind 55 % aller Tariflinien. Die dritte Zollsenkung betrifft hauptsächlich mechanische und elektrische Maschinen sowie Haushaltsgeräte, Kunststoffe und chemische Erzeugnisse. Die letzten beiden der insgesamt fünf Phasen der Zollliberalisierung sind für 2026 und 2029 geplant. Das Interim-WPA zwischen der EU und Côte d'Ivoire wird seit dem 3. September 2016 vorläufig angewendet.

EU: Ausgleichszölle auf chinesische E-Autos

(DIHK) – Die EU-Kommission hat vorläufige Ausgleichszölle auf Einfuhren von batteriebetriebenen Elektrofahrzeugen (Battery Electric Vehicles, BEV) aus China eingeführt. Dabei handelt es sich um neue batteriebetriebene Elektrofahrzeuge, die hauptsächlich zur Beförderung von neun oder weniger Personen einschließlich des Fahrers bestimmt sind. Die betroffenen Elektrofahrzeuge werden ausschließlich von einem oder mehreren Elektromotoren angetrieben.

Die vorläufigen Zölle gelten seit dem 5. Juli 2024 für maximal vier Monate. Innerhalb dieses Zeitraums müssen die EU-Mitgliedstaaten über endgültige Zölle entscheiden. Hintergrund der Ausgleichszölle ist ein Antisubventionsverfahren, das die EU im Oktober 2023 eingeleitet hat. Das Ergebnis: Aufgrund ihrer Untersuchung kam die Kommission zu dem Schluss, dass entlang der gesamten Wertschöpfungskette von Elektrofahrzeugen in China unfaire Subventionen gewährt werden, die der Automobilindustrie in der EU wirtschaftlichen Schaden zufügen könnten. Im Rahmen der Untersuchung wurden auch die voraussichtlichen Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die Importeure und Nutzer von Elektrofahrzeugen in der EU sowie auf die Verbraucherinnen und Verbraucher bewertet. Je nach Hersteller betragen die vorläufigen Ausgleichszölle der EU zwischen 17,4 und 37,6 %, zusätzlich zu den bereits geltenden 10 % Einfuhrzoll. Betroffen sind beispielsweise die BYD-Gruppe (17,4 %), die Geely-Gruppe (19,9 %) und die SAIC-Gruppe (37,6 %). Für die Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr ist eine Sicherheit in Höhe des vorläufigen Zolls zu leisten. Sollte die EU innerhalb der Viermonatsfrist endgültige Ausgleichszölle beschließen, wären diese für fünf Jahre endgültig. Der späteste Zeitpunkt für die Einführung endgültiger Maßnahmen ist der 2. November 2024.

EU: Erweiterte Sanktionen gegen Belarus

(DIHK) - Die EU hat nach der Verabschiedung des 14. Sanktionspakets gegen Russland ihre Sanktionen gegen Belarus erweitert und an die Russlandsanktionen angepasst. Ziel ist es, das Risiko der Umgehung bestehender Sanktionen zu minimieren. Wesentliche Änderungen umfassen die Angleichung güterbezogener und sektoraler Maßnahmen sowie die Einführung einer „No-Belarus“-Klausel. Einfuhrverbote für Diamanten, Gold und bestimmte Rohstoffe wurden ebenfalls harmonisiert. Die neuen Regelungen traten am 1. Juli 2024 in Kraft. Eine Zusammenfassung finden Sie auf der [Internetseite der EU-Kommission](#).

EU: Lieferkettenrichtlinie im Amtsblatt veröffentlicht

(GTAI) – Die Richtlinie (EU) 2024/1760 des europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit (Corporate Sustainability Due Diligence Directive, CSDDD) ist am 5. Juli 2024 im [Amtsblatt der EU](#) veröffentlicht worden. Sie tritt somit am 26. Juli 2024 in Kraft. Da es sich um eine Richtlinie handelt, muss sie in nationales Recht umgesetzt werden, damit sie ihre volle Gültigkeit entfaltet. Dafür gibt es eine zweijährige Frist ab Inkrafttreten, die am 26. Juli 2026 ablaufen wird. Voraussichtlich wird Deutschland die CSDDD durch Änderungen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) implementieren.

EU: Verlängerung der Schutzmaßnahmen für Stahl

(DIHK) - Die Europäische Kommission hat eine Verlängerung der derzeitigen Schutzmaßnahmen für Stahlerzeugnisse um zwei weitere Jahre bis Juni 2026 beschlossen. Der Beschluss geht einer Untersuchung von vierzehn EU-Mitgliedstaaten nach, aus der hervorgeht, dass die Schutzmaßnahmen weiterhin erforderlich sind, um eine Benachteiligung der europäischen Stahlindustrie zu verhindern. Weitere Informationen finden Sie auf der [Internetseite der EU-Kommission](#).

EU-Mercosur-Abkommen: Die Verhandlungen stocken

(GTAI) - Am 28. Juni 2019 einigten sich der Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) und die Europäische Union nach fast 20-jähriger Verhandlungsdauer auf ein umfassendes Handelsabkommen, das Bestandteil des Assoziierungsabkommens ist. Das Handelsabkommen gilt als ausverhandelt, jedoch stocken die Verhandlungen seither. Der Hauptgrund waren starke Bedenken einiger EU-Staaten in Bezug auf den Umweltschutz. Mitte 2023 hat die EU einen Vorschlag für eine Zusatzvereinbarung mit Sanktionen für die Nichteinhaltung von Umweltzielen unterbreitet. Die Mercosur-Staaten lehnten die von der EU vorgeschlagenen Sanktionen ab und legten als Antwort darauf einen Gegenvorschlag vor.

Obwohl die Verhandlungen mittlerweile formal weiterlaufen, sind die Widerstände in beiden Handelsblöcken nach wie vor groß. In Europa fürchten vor allem die französischen Landwirte die Konkurrenz südamerikanischer Landwirtschaft; die Südamerikaner könnten mit billigen Preisen für ihre Produkte den europäischen Markt fluten. Der französische Präsident Emmanuel Macron könnte daher ein Veto dagegen einlegen und das Projekt stoppen. Auf südamerikanischer Seite besteht ein zunehmendes Interesse an China. Die Mercosur-Länder haben in der Zwischenzeit ihre Verbindungen mit China kontinuierlich ausgebaut und insofern ist das asiatische Land auf dem Vormarsch. Weitere Informationen und Hintergründe zu dem

Abkommen zwischen der Mercosur und der EU hat GTAI in einem Zollbericht auf seiner [Website](#) zusammengestellt.

Finnland: Umsatzsteuer steigt ab Anfang September

(GTAI) – Ab dem 1. September 2024 soll der Normalsatz der finnischen Umsatzsteuer auf 25,5 % ansteigen. Das heißt, für alle Leistungen, die bislang mit dem Standard-Umsatzsteuersatz von 24 % belegt waren, gilt ab dem 1. September der neue Steuersatz. Dies folgt aus einer Änderung der §§ 84 und 85b des finnischen Umsatzsteuergesetzes, die das Parlament am 28. Juni 2024 beschlossen hat. Vorgegangen war eine entsprechende Gesetzesinitiative der finnischen Regierung. Weitere Informationen finden Sie auf der [Internetseite des finnischen Finanzministeriums](#).

Frankreich: Verbot nicht recycelbarer Polystyrolverpackungen auf 2030 verschoben

(GTAI) - Die französische Regierung hat bekannt gegeben, dass das Verbot von Verpackungen, die ganz oder teilweise aus Styrolpolymeren oder -copolymeren bestehen, nicht recycelbar sind und nicht in einen Recyclingstrom integriert werden können, von 2025 auf 2030 verschoben wird. Die offizielle Stellungnahme in französischer Sprache finden Sie auf der [Internetseite des Senats](#) (siehe dort unter „Report de l'interdiction des polymères non recyclables“).

Japan: Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen mit China und Südkorea

(DIHK) – Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen Japan, China und Südkorea könnten wieder aufgenommen werden. Nachdem die Gespräche seit 2019 ins Stocken geraten waren, wurde das Abkommen nun erneut thematisiert. Der chinesische Premier Li Qiang, der japanische Premierminister Fumio Kishida und der südkoreanische Präsident Yoon Suk Yeol einigten sich darauf, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Am 30. Mai 2024 erklärte Chinas Handelsministerium seine Bereitschaft, die Gespräche zu beschleunigen. Ein Freihandelsabkommen könnte die wirtschaftlichen Bindungen der drei Länder erheblich stärken und als „RCEP Plus“ anerkannt werden, indem es über das Niveau des Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) hinausgeht. Ziel ist unter anderem die vollständige Abschaffung von Zöllen auf Automobile und Autoteile sowie Reduzierungen bei Industriesubventionen und weniger bevorzugte Behandlung staatseigener Unternehmen. Weitere Informationen finden Sie auf dem Nachrichtenportal [channelnewsasia.com](#).

Kirgisistan: Abkommen mit der EU

(DIHK) - Am 25. Juni 2024 unterzeichneten die EU und die Kirgisische Republik ein erweitertes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (EPCA), das die bilateralen Beziehungen stärkt. Das Abkommen bildet eine neue Rechtsgrundlage für einen engeren politischen Dialog und eine Vertiefung der Zusammenarbeit u.a. in den Bereichen Handel und Investitionen, nachhaltige Entwicklung, F&I, Bildung, Umweltschutz sowie Rechtsstaatlichkeit. Darüber hinaus wird die Zusammenarbeit im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik intensiviert, insbesondere bei der Rüstungs- und Ausfuhrkontrolle sowie bei kritischen Rohstoffen.

Lieferkettengesetz (LkSG): Umsetzungshilfe zur Demokratischen Republik Kongo

(DIHK) - Germany Trade & Invest (GTAI), das Auswärtige Amt und die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) bieten Unternehmen ein gemeinsames Unterstützungsangebot zur Umsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) für ausgewählte Ländern an. Im Juni 2024 wurde dieses Angebot um eine Ausgabe zur Demokratischen Republik Kongo erweitert, welche Sie auf der [Website von GTAI](#) finden.

Philippinen: Ausstellung von Carnets seit dem 15. Juli 2024

(DIHK) – Seit dem 15. Juli 2024 akzeptiert der philippinische Zoll das Carnet A.T.A. zur vorübergehenden Einfuhr von Waren für folgende Verwendungszwecke: Messe- und Ausstellungsgüter, Berufsausrüstung und Warenmuster.

Rumänien: Neuer gesetzlicher Mindestlohn und Mindestlohngesetz

(GTAI) - Seit dem 1. Juli 2024 gilt ein neuer gesetzlicher Mindestlohn in Rumänien. Der monatliche Bruttolohn wurde auf 3.700 Leu (ca. 745 Euro) angehoben. Bisher lag der Mindestlohn bei 3.300 Leu (ca. 663 Euro). Der Stundensatz beträgt somit 22,024 Leu (4,43 Euro) bei einer Vollzeitbeschäftigung von durchschnittlich 168 Stunden pro Monat. Die Erhöhung gilt allerdings nicht für Beschäftigte in der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelindustrie. Für sie gelten die tariflichen Bestimmungen. Nach Angaben des Ministeriums für Arbeit und Soziales führt die Mindestlohnanhebung auch zum Anstieg der meisten Löhne im Land. Darüber hinaus bedeutet die Maßnahme eine Angleichung der Vergütung nach der Mindestlohnrichtlinie über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union. Zur Umsetzung der Richtlinie hat die Regierung in Bukarest am 11. Juni 2024 einen Gesetzesentwurf zur Festlegung der Mindestlöhne angenommen. Dieser wurde zur Genehmigung dem rumänischen Parlament vorgelegt. Es ist vorgesehen, dass das Gesetz für alle Angestellten gilt, unabhängig von Art des Beschäftigungsverhältnisses (Arbeitsvertrag, Auftrags- oder Dienstleistungsverhältnis). Der Entwurf sieht zudem Sanktionen bei Nichteinhaltung der Vorschriften vor: Eine Geldstrafe von 3.000 bis 5.000 (ca. 663 bis 1.005 Euro) Leu für jede Person, der der garantierte Mindestlohn nicht gezahlt wird. Die Höchststrafe für den Arbeitgeber kann bis zu 200.000 Leu (ca. 40.232 Euro) betragen.

Saudi-Arabien: Höhere Zölle für Leistungsschalter und Relais

(GTAI) – Saudi-Arabien verdreifacht die Zollsätze für bestimmte elektronische Produkte (HS-Codes 8535.21.00, 8535.29.00, 8536.49.00) um die lokale Industrie zu schützen. Der saudi-arabische Finanzminister Mohammed bin Abdullah Al-Jadaan hat die Zollsätze für einige elektronische Produkte von 5 auf 15 % erhöht. Die Änderungen wurden mit der Entscheidung des Finanzministeriums Nr. 1-88-1446 vom 11. Juli 2024 bekannt gegeben. Die neuen Zollsätze sind WTO-konform und gelten ab 16. Juli 2024.

Slowakei: Erneute Novellierung des Strafgesetzbuches

(GTAI) – In der Slowakei ist die kürzlich verabschiedete Strafrechtsreform nach wenigen Monaten korrigiert worden, um Verstöße gegen Normen der Europäischen Union (EU) zu vermeiden.

Die im Frühjahr 2024 beschlossene Strafrechtsreform sah unter anderem eine Senkung des Strafmaßes für schwere Wirtschaftsdelikte wie Korruption vor. Die Reform stieß bei der slowakischen Regierungsoption und in der EU auf Widerstand. Als Reaktion auf die Kritik billigte das slowakische Parlament am 16. Juli 2024 eine erneute Novellierung des Strafgesetzbuches.

Das Parlament berücksichtigte bei der Überarbeitung der Reform die Anmerkungen der EU und die europäische Betrugsbekämpfungsrichtlinie (Richtlinie 2015/849/EU). Insbesondere wurde das Strafmaß für Wirtschaftsdelikte (wieder) erhöht. Die Änderungen sollen den Schutz der finanziellen Interessen der EU stärken und Betrug mit EU-Mitteln verhindern. Bei Straftaten zum Nachteil der EU soll eine Freiheitsstrafe verhängt werden, wenn das im Besonderen Teil des slowakischen Strafgesetzbuches für Wirtschaftsstraftaten vorgesehene Strafmaß sechs Jahre übersteigt. Außerdem sollen die Verjährungsfristen für Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU nicht so schnell verjähren wie in der bisherigen Fassung vorgesehen.

Tschechien: Vereinfachtes Entsendeverfahren

(GTAI) - Seit dem 1. Juli 2024 gelten neue Vorschriften für die Meldung von Arbeitnehmerentsendungen bei der grenzüberschreitenden Erbringung von Dienstleistungen in Tschechien. Entsendungen, die nach dem 30. Juni 2024 beginnen, müssen über ein neues Registrierungsportal gemeldet werden, welches auf der [Website der Staatlichen Arbeitsaufsichtsbehörde](#) hinterlegt ist. Bisher wurden die Entsendemeldungen an die Regionalstellen des Arbeitsamtes der Tschechischen Republik übermittelt. Das hierfür zu verwendende Online-Formular ist seit dem 1. Juli 2024 nicht mehr auf dem Portal des Ministeriums für Arbeit und Soziales verfügbar. Eine Ausnahme gilt für Entsendungen, die vor dem 30. Juni 2024 begonnen, verlängert oder geändert wurden: Diese können weiterhin entweder wahlweise über das neue Meldeportal oder schriftlich per Formular an das regionale Arbeitsamt übermittelt werden.

Darüber hinaus bringt die Einführung des neuen Portals eine Reihe von Vorteilen für die Unternehmen mit sich: Es ist nur eine Behörde zuständig, die Meldung kann ohne eine elektronische Signatur übermittelt werden, die Entsendemeldung ist in vier Sprachen möglich (Deutsch, Englisch, Tschechisch, Polnisch) und die im Meldeportal einzutragenden Angaben wurden auf ein Mindestmaß reduziert. Zur Übermittlung der Meldung muss der Arbeitgeber zunächst ein Benutzerkonto auf dem neuen Portal eröffnen. Nur über dieses Portal eingereichte Meldungen sind gültig. Das Registrierungsportal und weitere Informationen sind auf der Internetseite der tschechischen staatlichen Aufsichtsbehörde abrufbar.

USA: Höhere Zollabfertigungsgebühren

(GTAI) – Die US-Zollbehörde CBP wird die Zollabfertigungsgebühr "Merchandise Processing Fee" zu Beginn des Haushaltsjahres 2025 ab dem 1. Oktober 2024 erhöhen. Die Zollabfertigungsgebühr beträgt für Warensendungen mit einem Wert von mehr als 2.500 US-Dollar (sogenannte "Formal Entries") 0,3464 % des Zollwertes. Dabei gelten immer ein Minimal- und ein Maximalbetrag. Ab Oktober 2024 wird die CBP immer mindestens 32,71 US-Dollar (vorher: 31,67 US-Dollar) und maximal 634,62 US-Dollar (vorher: 614,35 US-Dollar) berechnen. Der Ad-Valorem-Prozentsatz von 0,3464 % bleibt bestehen. Die Gebühren für sogenannte "Informal Entries" (Warensendungen mit einem Wert von unter 2.500 US-Dollar) und für die zollamtliche

Behandlung von im Postverkehr eingeführten Paketen werden ab dem 1. Oktober 2024 ebenfalls steigen.

Ländernotizen

Brasilien: Dekarbonisierung im Automobilssektor

(GTAI) – Mit dem Gesetz 14.902 vom 27. Juni 2024 wurde in Brasilien das Programm „Mover“ (Mobilidade Verde e Inovação - Grüne Mobilität und Innovation) eingeführt, welches den neuen Regelungsrahmen für die CO₂-Emissionen schafft. Durch unterschiedliche Steueranreize fördert „Mover“ Investitionen in neue Technologien und erhöht die Dekarbonisierungsanforderungen für die brasilianische Fahrzeugproduktion, einschließlich Fahrräder, Motorräder, Pkws, Busse und Lkws. Zuständig für das Programm ist das Ministerium für Entwicklung, Industrie, Handel und Dienstleistungen (MDIC) in Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium (MF) und dem Ministerium für Wissenschaft, Technologie und Innovation (MCTI).

Wie die Vorgängerprogramme „Inovar Auto“ (2013 - 2017) und „Rota 2030“ (2018 - 2024) zielt das neue Programm auf die Entwicklung einer nachhaltigeren Automobilindustrie; das Ziel besteht weiterhin die CO₂-Emissionen bis 2030 um 50 % zu senken, im Vergleich zu den Emissionen des Jahres 2011. Die wichtigsten Neuerungen des Förderprogramms „Mover“ hat GTAI auf seiner [Internetseite](#) zusammengestellt.

Brasilien: Windkraft im Schatten der Solarenergie

(GTAI) – Immer mehr Konzerne in Brasilien vereinbaren langfristige Lieferverträge mit Produzenten von Solarenergie. Der Branchenverband Absolar erwartet für 2024 einen Zubau um 9,4 Gigawatt auf eine Gesamtleistung von 45,6 Gigawatt. Dezentrale Fotovoltaikanlagen und solche mit einer Nennleistung von bis zu fünf Megawatt boomen. Anfang 2023 überholte die immer günstigere Solarenergie die Windkraft. Damit ist in Brasilien die Fotovoltaik nun der zweitwichtigste Energieträger nach der Wasserkraft.

Mit einem Windkraftzubau um 4,8 Gigawatt war Brasilien 2023 nach den USA und China der drittgrößte Wachstumsmarkt weltweit - vor Deutschland und Indien. Dennoch durchlaufen die lokalen Hersteller von Windturbinen eine Krise. Denn seit dem Jahr 2022 schwächelt die Vergabe neuer Windparks. Zudem zieht sich die Regulierung der Offshore-Windkraft in die Länge.

Der US-amerikanische Hersteller GE kündigte Mitte 2022 seinen Rückzug aus Brasilien an. Siemens Gamesa sowie der brasilianische Fabrikant Weg setzen die Fertigung neuer Turbinen vorübergehend aus. Der deutsche Hersteller Nordex drosselte die Produktion in seinen drei Fabriken im Nordosten des Landes. Brasiliens Rotorblatthersteller Aeris entließ 2024 ein Viertel seiner Belegschaft und steigert nun zur Überbrückung der Absatzflaute den Export, der bis 2025 etwa 40 % der Produktion ausmachen soll. Dagegen nutzt der chinesische Hersteller Goldwind die Gelegenheit und übernimmt die ehemalige Fabrik von GE am Standort Camaçari im Staat Bahia. Auch Vestas schaut nach vorn. Mit Blick auf das gewaltige Potenzial der Offshore-Windenergie erwägt der dänische Konzern trotz Krise eine Erweiterung seiner Fabrik in Aquiraz im Bundesstaat Ceará.

Dänemark: Ausländische Investitionen im Fokus

(AHK) – Ausländische Unternehmen machen nur 3 % der Unternehmen in Dänemark aus. Dennoch beschäftigen sie 21 % der Arbeitnehmer und machen dabei 25 % der Wertschöpfung aus. Deshalb setzt die dänische Regierung auf ausländische Investitionen und präsentierte im Juni 2024 gemeinsam mit der nationalen Organisation zur Investitionsförderung, Invest in Denmark, eine neue Investitionsstrategie. Die Strategie verschiedene Schwerpunktbereiche, unter anderem in einer Stärkung dänischer Resilienz und einer Green Transition. Weitere Informationen zu der Strategie hat die Deutsch-Dänische Handelskammer (AHK) auf ihrer [Internetseite](#) zusammengestellt.

Dänemark: Mit Solarenergie auf Kurs bleiben

(GTAI) - Die dänische Regierung will den Ausbau von Photovoltaik-Anlagen im Land verstärkt vorantreiben. Ziel ist es, eine Vervierfachung der grünen Stromerzeugung an Land bis 2030 zu erreichen. Die bis dahin angestrebten 50 Terawattstunden an Stromproduktion werden bisher um mindestens zehn Terawattstunden verfehlt. Im Mai 2024 stellte die Regierung nun ihre ergänzende, neue Solarstrategie vor. Darin setzt sie auf die verstärkte Installation und Förderung von Sonnenkollektoren innerhalb staatlich ausgewiesener Energieparks. Auch Dächer von Gewerbeimmobilien und öffentlichen Gebäuden sollen künftig mehr genutzt werden. Leasing und Eigentumsvorbehalt sollen als Alternativen zur Hypothekenfinanzierung attraktiver werden, ein Gesetzesvorschlag zur Förderung ist in Arbeit. Noch vor Ablauf des Jahres 2024 wird die Regierung zudem einen Vorschlag präsentieren, um einen Fördertopf für die Installation von Solarpanels auf schwer zugänglichen Flächen einzurichten. Mit ihrer Strategie springt die dänische Regierung auf einen marktgetriebenen Trend auf: Der Ausbau von Solaranlagen boomt landesweit. In der aktuellen Klimaprognose 2024 rechnet die nationale Energieagentur DEA bereits damit, dass Solarenergie im Jahr 2030 nahezu zwei Drittel des Energiemixes an Land ausmachen wird. In der Vorjahresprognose für 2030 lagen Windkraft und Sonnenenergie bei der Stromerzeugung an Land noch nahezu gleichauf.

Finnland: Steuervorteile für große Investitionen

(GTAI) - Finnlands Regierung hat ein neues Sparpaket für den Staatshaushalt vorgestellt, das auch ein Konjunkturpaket für die finnische Wirtschaft beinhaltet. Dadurch sollen die Genehmigungsverfahren für Investitionen verbessert und die heimischen Forschungs-und-Entwicklungs-Ausgaben angekurbelt werden. Für Nord- und Ostfinnland werden noch 2024 spezielle Konjunkturprogramme aufgesetzt. Die Regierung in Helsinki will zudem Großinvestitionen fördern, die den Übergang zu einer emissionsärmeren Wirtschaft unterstützen. Als Beispiele hierfür nennt sie Investitionen in Batterie- und Wasserstoffprojekte oder auch die Herstellung von Stahl ohne fossile Brennstoffe. Firmen können für Investitionsprojekte Steuern zurückerstattet bekommen. Details des Fördermechanismus sollen zeitnah ausgearbeitet werden.

Finnland: Studie untermauert Bedeutung als Wasserstoffakteur

(GTAI) – Finnland wird der bedeutendste Wasserstoffakteur für Deutschland im Ostseeraum. Zu diesem Ergebnis kommt eine vom Beratungsunternehmen DNV im Auftrag des deutschen Gasnetzbetreibers Gascade durchgeführte Studie. Es ist die erste Studie, die die Ostseeanrainerstaaten als potenzielle

Wasserstofflieferanten für Deutschland vergleicht. Die DNV-Studie hat die Energieerzeugungskapazitäten sowie die heimischen -bedarfe der Länder prognostiziert. Mit der erwarteten überschüssigen Energie könnten die Staaten Wasserstoff für den Export erzeugen.

Laut der Studie soll im Jahr 2030 in Finnland mehr überschüssiger Strom für die Wasserstoffproduktion verfügbar sein als in Schweden, Estland, Lettland, Litauen und Polen zusammen. Bis 2050 werden die Unterschiede laut der Studie noch größer. Dann sollen die finnischen Kapazitäten mehr als viermal so groß ausfallen wie in den anderen fünf Ländern zusammen. Grund für das große Potenzial Finnlands ist eine erhebliche Zunahme der prognostizierten Stromproduktion. So sollen vor allem im Bereich Windenergie die Kapazitäten deutlich steigen. Die Studie erwartet eine Verdopplung der finnischen Onshore-Windstromerzeugung von 70 Terawattstunden im Jahr 2030 auf 140 Terawattstunden im Jahr 2050. Die Offshore-Windstromerzeugung soll sich in diesem Zeitraum gar vervierfachen und 2050 dann bei 20 Terawattstunden liegen. Wie DNV berichtet, können in Finnland Produktionskosten für Wasserstoff von rund 2,50 Euro pro Kilogramm Wasserstoff erreicht werden. Hinzu kämen die Kosten für den Pipelinetransport nach Deutschland, sodass der Gesamtpreis den Experten zufolge bei etwa 3 Euro pro Kilogramm Wasserstoff liegt. Das Verbundprojekt Norddeutsches Reallabor (NRL) schätzt den Produktionspreis für grünen Wasserstoff in Deutschland inklusive Transportkosten für 2023 auf 7,99 Euro pro Kilogramm. Finnischer grüner Wasserstoff könnte deutschen Unternehmen also eine günstige Möglichkeit bieten, ihre Produktion zu dekarbonisieren.

Ostsee: Anrainerstaaten setzen sich ambitionierte Offshore-Ziele

(GTAI) – Der Ostseeraum hat großes Potenzial für Offshore-Windenergie. Bisher wird dieses wenig ausgeschöpft. Die Anrainerstaaten wollen das ändern. Entsprechend haben sich die Energieministerien von Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen und Schweden in Vilnius getroffen, um über die Möglichkeiten der Offshore-Windenergie in der Ostsee zu beraten. Ergebnis dieses Treffens ist die sogenannte "Vilnius Declaration on Offshore Wind Development in the Baltic Sea". In dieser Erklärung erkennen die acht Staaten den allerersten Offshore-Netzentwicklungsplan (ONDP) an, den der Verband Europäischer Übertragungsnetzbetreiber (Entso-E) im Januar 2024 veröffentlicht hat. Interessant dabei: Laut ONDP werden sich die Offshore-Kapazitäten im EU-Ostseeraum 2030 auf 26,7 Gigawatt belaufen. Im Jahr 2040 sollen es fast 45 Gigawatt und 2050 rund 70 Gigawatt sein. Damit setzen die Unterzeichner mit der Vilnius Declaration ambitioniertere Ziele. Denn in der 2022 verabschiedeten sogenannten Marienborg Declaration beziffern die acht Staaten die geplante Offshore-Kapazität im Jahr 2030 noch auf 19,6 Gigawatt. Aktuell sind Windparks mit einer Gesamtkapazität von knapp drei Gigawatt in der Ostsee installiert.

Polen: Fast eine Milliarde Euro für neue Reisezugwagen

(GTAI) – Jahr für Jahr meldet das polnische Schienen-Verkehrsunternehmen PKP Intercity steigende Fahrgastzahlen. Jetzt rüstet das Unternehmen auf, um mit der wachsenden Nachfrage Schritt zu halten und bestellt 300 neue Waggons vom Hersteller H. Cegielski - Fabryka Pojazdów Szynowych. Die beiden Unternehmen haben einen Vertrag mit einem Volumen von rund 980 Millionen Euro unterschrieben. H. Cegielski liefert die Reisezugwagen in den Jahren 2026 bis voraussichtlich 2030. PKP Intercity wiederum

sichert sich eine Option auf weitere 150 Waggons. Nutzt das Staatsunternehmen die Option, steigt der Auftragswert auf 1,5 Milliarden Euro. Der zweite Bewerber um den Großauftrag, das polnische Unternehmen NEWAG, geht leer aus. Rund zwei Drittel der bestellten Reisezugwagen sind für die zweite Klasse bestimmt. Die Fahrzeuge halten Geschwindigkeiten von bis zu 200 Stundenkilometer aus. PKP Intercity plant, die Waggons auf internationalen Strecken einzusetzen, darunter nach Deutschland, Tschechien und in die Slowakei.

Nach Aussage des polnischen Infrastrukturministers Dariusz Klimczak handelt es sich um die größte Bestellung von Reisezugwagen in der Geschichte des staatlichen Schienen-Personenbeförderers. Der unterschriebene Kaufvertrag ist Teil eines umfangreichen Modernisierungsprogramms von PKP Intercity. Bereits im Januar 2024 hatte das Unternehmen 63 Elektro-Lokomotiven bei NEWAG in Auftrag gegeben. Anfang 2023 erhielt PKP Intercity außerdem die letzten Fahrzeuge aus einer früheren Bestellung bei H. Cegielski im Umfang von 81 Waggons.

Portugal: Zahl der Dienstleistungszentren nimmt deutlich zu

(GTAI) – Portugal gewinnt als Standort für Unternehmensdienstleistungen mehr und mehr an Bedeutung. Auch deutsche Servicezentren sind vor Ort. Die Standorte konzentrieren sich vor allem in den Großräumen Lissabon und Porto. Daneben spielen die Universitätsstädte Aveiro und Braga eine Rolle. Insgesamt sind in Portugal circa 93.000 Mitarbeiter an rund 270 Standorten in Dienstleistungszentren beschäftigt. Seit 2015 nimmt deren Anzahl im Jahresdurchschnitt um 12 % zu, wie die portugiesische Wirtschaftsförderungsagentur 2024 errechnete. Rund zwei Drittel der Servicecenter im Land wurden in den letzten zehn Jahren gegründet. Durch die Dominanz ausländischer Unternehmen nehmen auch die Dienstleistungsexporte zu. Die Betreiber von Servicezentren kommen meist aus der IT-Branche aber auch aus unterschiedlichen Industriezweigen. Typische Geschäftsmodelle sind klassische Shared-Service-Center, wo Dienstleistungen verschiedener Bereiche in einer zentralen Geschäftseinheit gebündelt werden. Schwerpunkte sind: IT, Finanzen/Buchhaltung und Personalwesen, Kompetenzzentren von Konzernen oder Outsourcing-Dienstleister im Kundenservice oder im Bereich Telemarketing.

Der Aufwind für die Dienstleistungszentren bedeutet auch einen zunehmenden Wettbewerb um ähnlich qualifizierte Fachkräfte. Darum setzen manche Zentren durch Kooperationen mit Universitäten früh an, um sich bei spezialisiertem Nachwuchs bekanntzumachen. Soziale Medien gewinnen als Mittel zur Rekrutierung immer mehr an Bedeutung. Daneben werden klassische Wege wie die Beauftragung von Dienstleistern und die Nutzung von Jobportalen eingeschlagen. Ein Indiz für die Bemühungen, Fachkräfte längerfristig zu binden, sind die vorherrschenden Festanstellungen bei den Servicezentren. Nur selten werden Untervergaben genutzt und Freelancer oder studentische Kräfte beschäftigt.

Tschechien: Koreaner bauen neue Atomreaktoren

(GTAI) – Das größte Investitionsprojekt Tschechiens geht in die heiße Phase. Das südkoreanische Unternehmen Korea Hydro and Nuclear Power Company (KHNP) wird zwei Atomreaktoren für 16 Milliarden Euro errichten. Bis März 2025 soll das Unternehmen Elektrárna Dukovany II, eine Tochtergesellschaft des halbstaatlichen Energiekonzerns ČEZ, den Vertrag mit KHNP unterzeichnen. Die Bauarbeiten könnten 2029

starten und der erste Reaktor 2036 in den Probebetrieb gehen. Für die Koreaner sprach, dass sie einen großen Teil der Wertschöpfung für das Bauprojekt an tschechische Unternehmen vergeben wollen. Die tschechische Regierung rechnet damit, dass mindestens 60 % des Auftragswertes im Land verbleiben. Das Investitionsvorhaben erzeuge einen großen Multiplikatoreffekt für die einheimische Wirtschaft. In einer Pressemitteilung erklärte KHNP bereits, dass es über 200 potenzielle tschechische Lieferanten für das Bauvorhaben identifiziert habe. Mit 76 Unternehmen seien Absichtserklärungen für eine Kooperation unterzeichnet worden. Dabei wird auch die tschechische Tochtergesellschaft von Hochtief genannt. Turbinen für das Atomkraftwerk könnte laut Medienberichten Doosan Škoda Power liefern.

Nach dem allmählichen Abschalten der Kohlekraftwerke ist Atomkraft die wichtigste Quelle zur Stromerzeugung in Tschechien. Die AKW sollen künftig auch verstärkt zur Wärmeerzeugung genutzt werden. Dabei setzt die Regierung in Prag auch auf den Bau von kleinen modularen Reaktoren (SMR) zur Erzeugung von Strom, Wärme und Wasserstoff ab den 2030er Jahren.

Türkei: Nahrungsmittelindustrie hat großes Wachstumspotenzial

(GTAI) – Die große, junge Bevölkerung, der Tourismus und das Wachstum des modernen Einzelhandels schaffen in der Türkei vielversprechende Marktperspektiven für die Produktion und den Verkauf von Lebensmitteln. Der Inlandsmarkt ist groß und die Wachstumsaussichten sind mittel- und langfristig gut. Mit rund 85 Millionen Einwohnern, darunter viele junge und konsumfreudige Verbraucher, bietet die Türkei ein attraktives Absatzpotenzial. Die hohe Inflation schwächt allerdings derzeit die reale Kaufkraft der Haushalte und dämpft die Nachfrage nach Nahrungsmitteln und Getränken. Positiv sind die Wachstumsaussichten in der Tourismusbranche, die ebenfalls ein bedeutender Abnehmer ist. Mit dem Start der Sommersaison 2024 wird die Nachfrage nach Nahrungsmitteln und Getränken hier zulegen, da ein Anstieg der Besucherzahlen erwartet wird.

Der Absatz von Nahrungsmitteln könnte sich laut dem Analyseinstitut Statista zwischen 2023 und 2028 mehr als verdoppeln und damit fast 247 Milliarden US-Dollar erreichen. Derzeit verteuert die Abwertung der Türkischen Lira gegenüber dem US-Dollar und dem Euro die Preise bei importierten Produkten zusätzlich und beeinträchtigt die Wettbewerbsfähigkeit ausländischer Marken. Mittel- und langfristig dürfte die Nachfrage nach importierten, hochwertig verarbeiteten Lebensmitteln dennoch steigen. Dies gilt vor allem für die wohlhabenderen Großstädte im Westen des Landes. Die wachsende Mittelschicht und die Offenheit der jüngeren Generation für Produkte aus dem Ausland könnten zu einem erhöhten Bedarf an internationalen Lebensmitteln führen. Das Angebot an Fertiggerichten und Convenience-Produkten in der Türkei ist bisher begrenzt, könnte sich jedoch mit dem zunehmenden Anteil berufstätiger Frauen und der steigenden Anzahl von Single-Haushalten in den Städten ändern.

USA: Backwaren, Snacks und Süßes sind beliebt

(GTAI) - Typisch für die USA ist die große Leidenschaft für Backwaren, Süßes und Snacks. Bei den Backwaren bewerten laut einer Umfrage des Fachmagazins Baking Business rund 92 % der Hersteller die Geschäftsaussichten für 2024 als positiv oder sehr positiv. Der Pro-Kopf-Verbrauch von Weizenmehl entwickelte sich zuletzt konstant, so dass vor allem das Bevölkerungswachstum für eine steigende Nachfrage

sorgt. Dies gilt jedoch nicht für alle Getreideprodukte: Zerealien wie Cornflakes verzeichnen stetige Rückgänge, wobei veränderte Frühstücksgewohnheiten eine Rolle spielen.

Laut Angaben des Marktforschungsinstituts Circana isst fast die Hälfte der US-Bevölkerung drei oder mehr Snacks pro Tag. Unter jüngeren Menschen der Generation Z und Millennials ist der Trend sogar noch ausgeprägter als bei älteren Generationen. Beobachter sprechen von einer regelrechten "Snackification", wobei ganze Mahlzeiten durch Snacks ersetzt werden. Um an dem Wachstumstrend zu partizipieren, bringen Unternehmen zahlreiche neue Produkte auf den Markt. Die ehemalige Kellogg Company fokussiert sich seit Oktober 2023 unter dem Namen Kellanova komplett auf Snackprodukte, während das Geschäft mit Zerealien abgespalten wurde.

Überdurchschnittliches Wachstum verspricht auch der Süßwarenmarkt. Laut der National Confectioners Association fallen etwa 64 % der Umsätze auf das Vorfeld von Festen wie dem Valentinstag, Ostern, Halloween oder Weihnachten, welche in den USA mit hohen Verbraucherausgaben verbunden sind. Haribo eröffnete 2023 das erste US-Werk in Wisconsin. Auch Ferrero baut das US-Geschäft aus.

USA: Hoher Bedarf an Kunststoffmaschinen

(GTAI) – In den Vereinigten Staaten wächst die Nachfrage nach Kunststoffmaschinen. Hauptnachfrager für ist die Medizintechnik. Überall im Land entstehen Kliniken, die entsprechend ausgestattet werden müssen. Die Bauleistungen des Gesundheitssektors in den Vereinigten Staaten stiegen 2023 um nominal 15 %, so das nationale Statistikamt. In den ersten vier Monaten 2024 betrug das Wachstum 12 %. Der leichte Rückgang dürfte vor allem auf das Konto der gesunkenen Inflation gehen.

Die Automobilbranche liegt knapp dahinter auf Rang zwei der wichtigsten Abnehmerbranchen. Der Pkw-Absatz war 2023 noch zweistellig gewachsen. Auch hier machte sich der Nachholeffekt bemerkbar. Für 2024 ist mit einem höheren einstelligen Zuwachs zu rechnen. Die Autohersteller investieren zugleich massiv in neue Fabriken zu Herstellung von Elektroautos und Batterien. Laut Branchenanalysten befinden sich entsprechende Vorhaben im Umfang von rund 100 Milliarden US-Dollar in der Pipeline.

Für ausländische Anbieter von Kunststoffmaschinen bietet das Geschäft mit der Kraftfahrzeugbranche handfeste Vorteile: Die Autohersteller und ihre Zulieferer sind stark regional konzentriert. Die amerikanischen Konzerne sitzen im Nordosten, die ausländischen im Südosten. Dadurch können die Maschinenbauer ihre Marketing- und After-Sales-Aktivitäten auf diese Regionen fokussieren.

USA: Steigende Nachfrage nach Fleisch und Käse

(GTAI) – Nach Prognosen des US-Landwirtschaftsministeriums (USDA) legt die Fleischproduktion in den Vereinigten Staaten im Jahr 2024 um rund 1 % auf 48,6 Millionen Tonnen zu. Je nach Marktsegment fällt die Entwicklung jedoch unterschiedlich aus. Bei Rindfleisch wird zum zweiten Mal in Folge einen Rückgang auf 11,9 Millionen Tonnen (-2,4 %) erwartet. Von der Viehzucht geprägte Bundesstaaten wie Nebraska, Oklahoma oder Texas leiden unter einer langanhaltenden Dürre. Infolgedessen reduzieren die Farmer ihre Rinderherden, weshalb es an Schlachtvieh für die lokale Verarbeitung mangelt. Die Produktion von Schweine- und Geflügelfleisch steigt hingegen auf 12,6 Millionen Tonnen (+2,3 %) beziehungsweise 23,6 Millionen Tonnen (+0,8 %). Die Beliebtheit von Fleischprodukten dürfte in den USA langfristig ungebrochen bleiben.

Nach Erwartung des USDA dürfte der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch bis 2033 auf rund 107 Kilogramm ansteigen (+4,3 % im Vergleich zu 2023).

Auch die Molkereiwirtschaft setzt ihren Aufwärtstrend fort. Die Milchproduktion wird für 2024 auf 103,1 Millionen Tonnen geschätzt. Bis 2028 rechnet das USDA mit einer Steigerungsrate von durchschnittlich etwa 1 % pro Jahr. Zwar geht die Menge getrunkenen Milch kontinuierlich zurück, dafür steigt die Nachfrage nach Molkereierzeugnissen wie Käse, Butter oder Joghurt. Die US-Käseherstellung dürfte 2024 mit rund 6,5 Millionen Tonnen einen neuen Rekordwert erreichen.

Pflanzliche Alternativprodukte zu tierischen Eiweißen aus Fleisch, Fisch, Milch und Eiern müssen hingegen Rückschläge verkraften. Bezogen auf alle genannten Kategorien gab es 2023 laut Studien des Good Food Institute einen mengenmäßigen Rückgang um etwa 9 %. Und auch wertmäßig gab es Verluste. Mit rund 8,1 Milliarden US-Dollar fiel der Umsatz um 2 % geringer aus als im Vorjahr.

Vietnam: Regierung plant Pilotprojekte für Batteriespeicher

(GTAI) – Um das Stromsystem zu stabilisieren, will Vietnam Projekte mit Batteriespeichersystemen umsetzen. Der im März 2023 verabschiedete Energieplan PDP (Power Development Plan) 8 hat für 2030 ein Ziel von 300 Megawatt an Batterieleistung festgeschrieben. Dieses Bestreben will die Regierung mit Pilotprojekten umsetzen. Geplant sind zunächst drei Batteriespeichervorhaben mit einer Gesamtleistung von 162 Megawatt. Nach dem Implementierungsplan des PDP 8 vom Mai 2024 sollen für 138 Megawatt weitere Batteriespeicherprojekte entwickelt werden, um insgesamt 300 Megawatt zu erreichen. Darüber hinaus sollen marktwirtschaftliche Instrumente den Einsatz von Batteriespeichersystemen in den kommenden Jahren antreiben. Diskutiert werden höhere Vergütungen des staatlichen Stromkonzerns EVN (Electricity Vietnam) an Erzeuger für erneuerbaren Strom, wenn dieser gekoppelt mit Batterien erzeugt wird. Noch fehlen hier aber die Regularien.

Veröffentlichungen

AHK World Business Outlook: Sonderauswertung zum Asien-Pazifik-Raum

Die Stimmung deutscher Unternehmen im Asien-Pazifik-Raum hat sich merklich verbessert. Zu diesem Ergebnis kommt die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) in ihrer jüngsten Sonderauswertung des AHK World Business Outlook. Für die Erhebung haben die deutschen Auslandshandelskammern (AHKs) gemeinsam mit der DIHK rund 660 Mitgliedsunternehmen in der Region Asien-Pazifik befragt. Diese zeigen sich besonders optimistisch hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung und ihrer eigenen Geschäftsperspektiven. Eine Ausnahme bildet jedoch Greater China. Dort ist der Optimismus weiterhin gedämpft. Details und die komplette Auswertung finden Sie auf der [Website der DIHK](#).

DIHK-Umfrage zur Kreislaufwirtschaft

Eine Transformation der deutschen Wirtschaft zur "Kreislaufwirtschaft" bewerten viele Unternehmen als

vorteilhaft für das eigene Geschäft – aber nur unter den richtigen Rahmenbedingungen. Das geht aus einer Befragung der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) hervor. An der Erhebung beteiligten sich 2.000 Betriebe aus allen Branchen und Regionen. Mehr als die Hälfte davon sehen in der Umstellung des eigenen Betriebes generell eine Chance. Die Ergebnisse der Umfrage finden Sie auf der [Website der DIHK](#).

Eurochambres-Bilanz der EU-Initiativen der vergangenen Legislaturperiode

Zum Ende der Legislaturperiode hat Eurochambres, der Dachverband der europäischen Handelskammern, eine Bilanz der wirtschaftspolitischen EU-Initiativen der letzten fünf Jahre gezogen. Dabei beleuchtet Eurochambres welche positiven und negativen Auswirkungen die Initiativen auf die Unternehmen haben. Das komplette Dokument „The good, the bad and the ugly of the EU 2019 – 2024“ finden Sie auf der [Website von Eurochambres](#). Forderungen, welche Eurochambres für die kommende Legislaturperiode stellt, sind in dem „[Eurochambres Manifesto 2024 – 2029](#)“ hinterlegt.

Studie zum Zusammenbrechen der Welthandelsorganisation

Eine neue wirtschaftliche Modellierung zeigt, dass Entwicklungsländer ohne die Welthandelsorganisation (WTO) erhebliche langfristige Handelseinbußen erleiden würden. Die Studie verdeutlicht, dass ein Wegfall der WTO zu einem Rückgang des Warenhandels um 33 % führen und Entwicklungsländer einen dauerhaften BIP-Verlust von über 5 % sowie massive Exporteinbußen von bis zu 43 % in den ärmsten Ländern zur Folge haben könnte. Die Studie unterstreicht somit die fundamentale Bedeutung der WTO als Sicherheitsnetz für die globale Entwicklung und den Handel. Hinterlegt ist die Studie auf der [Internetseite der Internationalen Handelskammer \(ICC\)](#).

Verschiedenes

CO2-Emissionen im Zusammenhang mit Garantieinstrumenten der Außenwirtschaftsförderung

Als eines der ersten Länder hat Deutschland Zahlen zu den Treibhausgas-Emissionen veröffentlicht, die im Zusammenhang mit den Garantieinstrumenten der Außenwirtschaftsförderung stehen. Die im November 2023 in Kraft getretene Klimastrategie für die Garantieinstrumente der Außenwirtschaftsförderung unterstützt in besonderem Maße klimabewusste Exporte und Investitionsprojekte im Ausland. Für die Schlüsselsektoren Energie, Transport und Verkehr wurden dafür Entscheidungskriterien, so genannte Sektorleitlinien, entwickelt. Details zu den Zahlen finden Sie in einer Pressemitteilung auf der [Internetseite des Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz \(BMWK\)](#).

DIHK: Weitere Eskalation im Handelskonflikt mit China vermeiden

Die Europäische Kommission hat vorläufige zusätzliche Einfuhrzölle auf chinesische Elektroautos verhängt, welche auch negative Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft haben könnte. Es besteht die Sorge vor

Gegenmaßnahmen Chinas, die deutsche Unternehmen weiter beeinträchtigen könnten. Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), hat dazu auf der [Internetseite der DIHK](#) Stellung genommen.

EU: Neues Portal für öffentliche Aufträge

Die Europäische Kommission hat das Online-Portal Access2Markets um ein neues Instrument für die Vergabe öffentlicher Aufträge erweitert. Mit „Procurement for Buyers“ werden Auftraggeber bei der Einhaltung internationalen Vergabevorschriften besser unterstützt. So werden unter anderem die Anforderungen an die Herkunft von Waren und Dienstleistungen verständlicher dargestellt. Weitere Informationen finden Sie auf der [Website der EU-Kommission](#).

Förderung deutsch-polnischer Kooperationen

Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) unterstützt bilaterale Forschungs- und Entwicklungsprojekte. Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) aus Deutschland können davon profitieren. Förderfähig sind Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus Deutschland und Polen, die sich zu Projekten zusammenschließen. Dabei sollen die Ergebnisse der Forschungsk Kooperationen zu marktwirksamen Innovationen wie etwa neuen Produkten oder technischen Dienstleistungen führen. Zu den Projektteilnehmenden muss mindestens ein deutsches KMU sowie ein polnisches Unternehmen und/oder eine polnische Forschungsinstitution gehören. Die Laufzeit des Projekts soll zwischen 24 und 36 Monaten liegen. Die Förderung erfolgt in Form von Zuschüssen. Das Antragsverfahren läuft über die AiF Projekt GmbH. Die entsprechenden Unterlagen können online abgerufen werden. Interessierte können bis zum 30. September 2024 Förderanträge stellen. Nähere Informationen zum Programm, wie zum Beispiel alle Fördervoraussetzungen und das Antragsverfahren, können Sie der [ZIM-Homepage](#) entnehmen.

Zugang zum Zoll-Portal über die Zoll-Ident App

Das Zoll-Portal auf der Website der deutschen Zollverwaltung bietet einen einfachen und effizienten Zugang zu verschiedenen Dienstleistungen des Zolls. Die neue Zoll-Ident App beschleunigt den Zugang zum Zoll-Portal und allen inkludierten Services. Voraussetzungen ist ein Konto im Zoll-Portal und die Zoll-Ident App auf einem mobilen Gerät (zum Beispiel Smartphone, Tablet). Weitere Informationen finden Sie auf der [Website der deutschen Zollverwaltung](#) sowie in der [Fachmeldung zur Zoll-Ident App](#).

Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer (IHK) für Ostfriesland und Papenburg

Ringstraße 4

26721 Emden

www.ihk-empden.de/international

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden.

Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der IHK angefordert werden.

Bildnachweis: shutterstock.com



Industrie- und Handelskammer
für Ostfriesland und Papenburg

08 2024